

Rede Antikriegstag 2024

Ich beginne mit einem Thema, das mich schwer erschüttert hat: ein gemeinsames Positionspapier von IG Metall (Hauptvorstand), SPD-Wirtschaftsforum und Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV). Deutschland brauche *"ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie"*, heißt es in einer Presseerklärung vom 9. Februar 2024. Damit ordnet sich die Gewerkschaft in die von der Ampelkoalition mit Unterstützung der Unionsparteien formulierten Forderung nach der Herstellung von *"Kriegstüchtigkeit"* Deutschlands ein. Gefordert wird *"eine Industriepolitik, die die Produktionskapazitäten und technologischen Fähigkeiten des Standortes Deutschland und der hier tätigen Rüstungsunternehmen in den Blick nimmt"*. Das sei auch *"für deren Beschäftigte von großer Bedeutung"*. Man habe *"sich hierfür mit Unternehmen aus den Teilbranchen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie rückgekoppelt und Vorschläge erarbeitet"*. Im Folgenden betont Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, dass *"2024 das Entscheidungsjahr für die wehrtechnische Industrie in Deutschland"* sei. Wir brauchen *"eine wehrtechnische Industriepolitik"* für *"hochmotivierte, hervorragend qualifizierte Beschäftigte auf technisch anspruchsvollen, meist tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen"*. In diesem Stil geht das weiter. Das gemeinsame Positionspapier selbst befasst sich ausführlich mit Fragen des *"Sondervermögens"* für die Aufrüstung der Bundeswehr, der *"nationalen Sicherheitsstrategie"* und schließlich mit detaillierten Konzepten der *"Leitsektoren"* Land, See und Luft. Das muss hier genügen. Informationen im Netz sind reichlich vorhanden (Stichwort für die Google-Suche: *"Souveränität und Resilienz sichern"*).

Soweit der Hauptvorstand der IG Metall im Einklang mit Kriegstreibern und Rüstungslobbyisten. Aber das ist nicht *"die"* Gewerkschaft. Gewerkschaften an sich sind nicht automatisch Teil der Friedensbewegung, von dieser Illusion müssen wir uns verabschieden. Aber sie sind die Organisationen und Vertretungen der Lohnabhängigen, deren erstes Bedürfnis eben Frieden ist. Wir müssen in den Gewerkschaften dafür kämpfen, dass sie nicht für die Pistorius-Forderung der *"Kriegstüchtigkeit"* eintreten, sondern für Frieden. Denn ohne die Gewerkschaften geht es auch nicht.

Deshalb freue ich mich, zu dem schändlichen Beschluss des IG Metall-Hauptvorstandes ein mutiges Gegenbeispiel von der Basis hier in der Region anführen zu können: Am 21. März 2024 setzte die Delegiertenversammlung der IG Metall Hanau/Fulda einen Kontrapunkt gegen den Aufrüstungskurs mit folgendem Beschluss:

"Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit! Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert, statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen. Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über 'Kriegstüchtigkeit' und sogar über 'eigene' Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen, während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt 'Kriegstüchtigkeit' einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik! Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: Gegen Kriege und gegen Aufrüstung!" Soweit der Beschluss der Delegiertenversammlung IG Metall Hanau/Fulda.

Wie schon gesagt: Wir müssen darum kämpfen, dass unsere Gewerkschaften für Frieden eintreten. Und gerade wir in Hanau haben dazu viel geleistet und dürfen stolz darauf sein. Ich erinnere an den *"Hanauer Weg"* der Jahre 2022 und 2023: Die Warnstreiks der IG Metall vom 17. November 2022 und ver.di vom 23. März 2023, bei denen in Hanau tarif-, sozial- und friedenspolitische Forderungen verbunden wurden, weil sie von unserem Interesse als Lohnabhängige nun mal zusammengehören, an die gewerkschaftliche Friedenskonferenz in Hanau im Juni 2023, die ihre Fortsetzung in Stuttgart im Juni 2024 fand; an beiden habe ich teilgenommen. Wir müssen das fortsetzen, auch unter aktuell sehr schwierigen Bedingungen, denn Aufgeben und Resignieren ist für uns keine Option.

Wir stehen auch nicht allein: Im Netz gibt es viele Aufrufe zur Friedensfähigkeit (statt Kriegsertüchtigung), die unterschrieben werden können. Es gibt inner- und außerhalb der Gewerkschaften Gruppen, die daran arbeiten. Das dringend notwendige Bündnis von Gewerkschafter:innen gegen den Krieg, der Friedensbewegung, sozialpolitisch engagierten Gruppen und der Klimabewegung kann und muss von unten aufgebaut werden. Wir brauchen den Stopp des Kriegskurses und der Aufrüstung, die Transformation der Rüstungsindustrie in die Produktion ziviler Güter, die Umlenkung von Geldern des *"Sondervermögens"* und des *"Verteidigungsetats"* in Bildung, Gesundheit,

bezahlbare Wohnungen, funktionierenden öffentlichen Verkehr, Energiewende und vieles mehr, das diesen Planeten als einen sichert, auf dem wir weiter leben und unsere Gesellschaft zu Frieden und echtem Fortschritt entwickeln können.